



## **Bildung ist keine Ware!** **Deutschland erlebte letztes Jahr die größten Bildungsproteste seit Jahrzehnten, was war der Grund dafür?** **Eine Innenansicht.**

**Philipp Möcklinghoff**

Das Thema Bildung ist seit dem letztem Sommer nicht mehr aus der öffentlichen Debatte wegzudenken, der „bundesweite Bildungstreik“ hat also schon ein wichtiges Teilziel erreicht. Allerdings behandeln die Medien meist nur einzelne Kritikpunkte der Bildungsproteste, die, aus ihrem Kontext gelöst, für Außenstehende nur bedingt nachvollziehbar sind. Noch schwerer zu verstehen: Obwohl schon im Sommer seitens der Politik große Versprechungen und Ankündigungen gemacht wurden, erlebte der Protest seinen vorläufigen Höhepunkt im sog. „heißen Herbst“ letzten Jahres: Neben einer quantitativen Ausbreitung der Proteste – weit mehr Demonstrationsteilnehmer als im Sommer – gab es auch eine qualitative Steigerung in Form von weit über 50 besetzten Hörsälen oder Seminarräumen.

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den Fragen, wer genau hinter den Protesten steckt und wogegen diese sich richten. Zudem beschäftigt er sich näher mit der Aktionsform der Hörsaal-Besetzung, als lokales Beispiel dienen hier die Geschehnisse in Osnabrück. Aufgrund der pluralistischen, dezentralen Organisationsstruktur des Bildungstreiks, wäre es vermessen, einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Darüber hinaus muss dieser Text als individueller Blickwinkel gesehen werden, da niemand für das basisdemokratische Bündnis

sprechen kann.

Warum genau der Großteil der deutschen Medienlandschaft den Begriff der „Studentenproteste“ übernommen hat, ist unklar. Einen Anlass seitens der Bildungsaktivisten gab es jedenfalls nicht, immerhin geht der „bundesweite Bildungstreik“ auf den „bundesweiten Schulstreik“ von Ende 2008 zurück. Auch 2009 wurden die Proteste vielerorts vorwiegend von SchülerInnen getragen. So fordert der Bildungstreik neben den bekannten hochschulpolitischen Themen z.B. kleinere Klassen, eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und eine Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“. SchülerInnen haben anscheinend keine so große Lobby wie StudentInnen – und auch in diesem Text liegt der Schwerpunkt auf den studentischen Kritikpunkten, zum einen aufgrund des persönlichen Erfahrungshorizonts, zum anderen um den Rahmen hier nicht zu sprengen. Neben SchülerInnen und Studierenden engagieren sich auch Auszubildende und Lehrende, sowie zahlreiche andere Sympathisanten in den örtlichen Bündnissen.

Bei den Anliegen der Studierendenschaft verengt sich die öffentliche Wahrnehmung auf die Nachteile des Bachelor-Master-Systems des Bologna-Prozesses. Gerade „Bologna“ wird oft synonym für alle Kritikpunkte der Bildungstreikbewegung verwendet. Übersehen wird hierbei der gesamtgesellschaftliche Kontext, in den sich die einzelnen Aspekte wie die Kritik an Studiengebühren oder der Verschulung der Studiengänge einreihen. Gemeint ist die Ökonomisierung der Bildung, die sich u.a. in der Privatisierung verschiedener Organe des Bil-

dungswesen ausdrückt, ebenso in Reformen auf institutioneller Ebene und von Bildungsinhalten. Der neue Wind in der Hochschulpolitik weht klar aus neoliberaler Richtung, Parallelen zu den Privatisierungsprozessen im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Dienst sind offensichtlich. Der Neoliberalismus nahm seinen Anfang in den Regierungszeiten Reagan und Thatcher, in Deutschland spätestens mit Kohls „geistig moralischer Wende“. Durch dessen politischen Gegner Schröder und seiner „Agenda 2010“ wurde die Ideologie zum politischen Mainstream. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog plädierte in seiner berühmten „Ruck-Rede“ besonders für die Privatisierung der Bildung. Im Glauben an den ewigen Wachstumszwang wird nun der „Weltmarkt der Ideen“ beschworen, die Bildung wird zur Ressource, Wissen wird zu Know-How. Der Bologna-Prozess wollte eigentlich europäische Vergleichbarkeit und höhere Mobilität beim Hochschulwechsel erreichen, die Ziele hat er nach offizieller Einschätzung verfehlt. Statt dessen wurden die Veranstaltungen verschult und ein Punktesystem eingeführt, der jedem Credit Point einen bestimmten Workload zuordnet. Dieser variiert von 30 bis 40 Stunden pro Woche, je nach Uni oder FH. In Anbetracht dessen erfordern die Studiengebühren zusätzlich eine Nebentätigkeit, BAföG bekommt längst nicht jeder und noch weniger sind Kinder wohlhabender Eltern. Durch Studiengebühren finanzierte Elitenförderung ist ein politisches Instrument der Umverteilung und der Glaube der wohlthuenden Konkurrenz treibt die Hochschulen immer weiter in einen Wettstreit um sog. „Drittmit-

tel“, d.h. private Fördergelder.

Die Liste der Kritikpunkte ist lang, die Auswirkungen sind eine Ausrichtung der Wissenschaften auf die Interessen der Wirtschaft, „ineffiziente“ Studiengänge und Grundlagenforschung werden vernachlässigt. Aus kritischem Denken und fachübergreifendem Forschen wird Zweckorientierung und unreflektiertes Verarbeiten von Informationen.

Ohne den beträchtlichen Einfluss von LobbyistInnen und Think Tanks auf die Politik wäre die Ökonomisierung wohl nicht in der Gestalt möglich gewesen. Sie finanzieren sich und ihre Kampagnen in der Regel aus privatwirtschaftlichem Kapital. Bedeutender Akteur in diesem Zusammenhang ist die Bertelsmann Stiftung in Verbindung mit dem von ihr und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Nach eigenen Angaben sieht sich die Stiftung als „Motor“, der notwendige Reformen initiiert und voranbringt.

Lobbyverbände und PolitikerInnen verschleiern die marktwirtschaftliche Ideologisierung der Bildung, indem sie ihre Sichtweise als „harte Realität“ verklären und umgekehrt an jeden emanzipatorischen Bildungsbegriff den Ideologievorwurf richten. Die Ökonomisierung der Bildung sei die notwendige Konsequenz der Globalisierung, nachhaltige Bildung à la Humboldt oder Kant wird aufgrund der „Herausforderungen der modernen Welt“ als unzeitgemäße Sozialromantik abgetan. Bspw. reagierte die Politik im Sommer 2009 in Bezug auf einzelne Kritikpunkte durchaus verständnisvoll, insgesamt wurden die Forderungen der Bildungstreikbewegung aber als „konfus“ und „ewig gestrig“ bezeichnet.

So ist es nicht verwunderlich, dass der Höhepunkt der Proteste erst nach dem Sommer erfolgte, als die mediale Aufmerksamkeit sich schon wieder anderen Themen zugewandt hatte. Denn pas-



Bildungstreik am 17. Juni 2009 in Osnabrück

<http://unischulstreik.blogspot.de/>

siert war außer einigen Lippenbekenntnissen von politischer Seite nichts. Die Zusammenarbeit mit PolitikerInnen, z.B. in der Form von runden Tischen o.ä. erwies sich als sehr ineffizient. Das für PolitikerInnen typische wahlkämpferische Taktieren steht einer zielorientierten Problembehandlung im Weg. Gerade vor diesem Hintergrund erscheint die basisdemokratische Organisationsstruktur in anderem Licht, denn sie zeugt von einer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit der repräsentativen Politik. Sicherlich erscheint die Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen in Anbetracht der existierenden studentischen Selbstverwaltung konfus, doch bei näherer Betrachtung fällt auf: Die Gremien, in denen auch studentische VertreterInnen sitzen, sind entweder machtlos oder die Studierenden befinden sich in der Minderheit.

Die Form der Hörsaal-Besetzung erschien vielen Protestierenden als das geeignete Mittel der Wahl, so auch in Osnabrück. Es sollte ein Freiraum genommen werden, in dem man in Ruhe alle Kritikpunkte in einem offenen Plenum sammeln und diskutieren konnte, anschließend sollten dann Forderungen formuliert und an die jeweiligen Hochschul-

leitungen, Landesregierungen und an die Bundesregierung gestellt werden. In Osnabrück erarbeitete der Arbeitskreis (AK) „Inhalt“ das „Positionspapier des Plenums des befreiten Hörsaals der Universität Osnabrück“ in vielen intensiven Sitzungen. Hier die Präambel des Textes:

*„Bildung sollte den Menschen befähigen, als mündiges Individuum kritisch und reflektiert zu denken und zu handeln. Sowohl im Bezug auf sich selbst, wie auch hinsichtlich der Gesellschaft, die ihn umgibt, und deren Teil er ist.*

*Wir können ein Bildungssystem nur dann als solches anerkennen, wenn es sich zu diesen Zielen bekennt, und deren Verwirklichung in überzeugender Weise verfolgt. Es ist unsere Überzeugung, dass abseits der Umsetzung dieser Prinzipien die Entwicklung zu einer humaneren, sozialeren und gerechteren Welt nicht möglich ist.*

*Da das deutsche Bildungssystem diesen Grundsätzen in vielerlei Hinsicht zuwiderhandelt, sehen wir es als unsere Pflicht, diese Missstände aufzuzeigen, und ein weitreichendes Umdenken, ebenso wie tief greifende Veränderung einzufordern.“*

In gewisser Weise steht der Text symbolisch für die gesamten Proteste des letzten Herbstes in Osnabrück: Auf der einen Seite bildet das Positionspapier die konsensfähige Summe aller verschiedenen Meinungen des pluralen Plenums, das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch am zahlreichsten besucht gewesen sein dürfte. Zudem verkörpert es die unglaublich hohe Motivation, mit der innerhalb des genommenen Freiraums gearbeitet wurde - so dauerte die letzte Schicht des Arbeitskreises „Inhalt“ von Sonntagmittag Elf Uhr bis Montagmorgen Acht Uhr. Auf der anderen Seite symbolisiert das Positionspapier eine Hochphase der Bildungsproteste, bedenkt man, dass es sich neben einigen Pressemitteilungen und einer Streikzeitung dabei um die einzige inhaltlich gehaltvolle Publikation des Osnabrücker

Plenums handelt. Das seitdem nichts Vergleichbares veröffentlicht wurde, zeigt, dass das Plenum seit der Räumung der Besetzung durch die Polizei nicht wieder zu vorheriger Arbeitsintensität zurück gefunden hat. Es zeigt auch, wie wichtig solch ein Freiraum ist, um sich abseits des üblichen Geschehens in Ruhe einem Thema widmen zu können – in einem Umfang, den man selbst festlegt, bis man der Meinung ist, etwas durchdrungen zu haben und sich seine eigenen Gedanken dazu machen kann.

Mittlerweile gibt es nur noch wenige besetzte Hörsäle, viele wurden von der Polizei geräumt oder von den BesetzerInnen freigegeben. Die ständig benötigte Präsenz zur Aufrechterhaltung der Besetzung war körperlich und nervlich anstrengend, das Gleiche gilt für die für viele neue emanzipatorische Redekultur der

Plena und das zeitaufwendige Diskutieren politischer Positionen.

Viele investierten soviel Zeit und Kraft in die Besetzung, dass sie nun Mühe haben, ihr Studium nicht ungewollt verlängern zu müssen. So kommt es, dass man in den letzten Wochen wenig hörte vom Bildungsstreik, doch hinter den Kulissen wird weiter gearbeitet: Auf bundesweiten Vernetzungstreffen und vor allem mittels des Internets wurden weitere Aktionstage für den Sommer festgelegt und eine Fortsetzung der Proteste vorbereitet. Potential ist noch vorhanden, jetzt liegt es an der unerfahrenen Bewegung, sich zu festigen und nicht an Detailfragen zu zerbrechen. Auf einen heißen Herbst 2009 könnte durchaus ein heißes Jahr 2010 folgen.

#### **Links und Literatur zum Weiterlesen:**

*Krautz, Jochen: „Ware Bildung – Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie“, Kreuzlingen/München 2007.*

*Lieb, Wolfgang: „Humboldts Begräbnis – Zehn Jahre Bologna-Prozess“, Beitrag in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Ausgabe 6/09, Berlin 2009*

*Waldrich, Hans-Peter: „Die neoliberale Schule – Bildungspolitik à la Bertelsmann“, Beitrag in „Blätter“, Ausgabe 9/09, Berlin 2009*

*„GEW-Privatisierungsreports“, bisher sind 9 Ausgaben erschienen, nachzulesen unter [www.gew.de](http://www.gew.de)*

*Homepage des bundesweiten Bildungsstreiks: [\\*www.bildungsstreik.net](http://www.bildungsstreik.net)*

*Homepage der vernetzten besetzten Hörsäle: [\\*www.unsereunis.de](http://www.unsereunis.de)*

*Homepage der Osnabrücker Bildungsstreik-Bewegung: [\\*http://www.bildungsstreik-os.de/](http://www.bildungsstreik-os.de/), dort ist u.a. das Positionspapier und die Streikzeitung nachzulesen*



*Galas, Dieter, Dr., Ministerialdirigent a.D., war Vorsitzender des Landesverbandes der GEW Niedersachsen. Bis zu seiner Pensionierung war er im Kultusministerium tätig. Er ist Mitinitiator des Volksbegehrens.*

## **Volksbegehren in Niedersachsen gestartet Dieter Galas**

Mit der Bildungspolitik der Landesregierung unzufriedene Eltern, Lehrkräfte und Hochschullehrer haben in Niedersachsen ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. Die Initiatoren stammen überwiegend aus dem Kreis derer, die sich im Frühjahr und Sommer 2009 massiv gewehrt und öffentliche Proteste dagegen organisiert haben, dass nun auch an den Integrierten Gesamtschulen (IGS) der Bildungsweg bis zum Abitur um ein Jahr verkürzt wird. Als im Jahre 2003 der 13. Schuljahrgang an den Gymna-

sien gestrichen wurde, traf das nicht die IGS. Was die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen im Niedersächsischen Landtag sechs Jahre später bewogen hat, diesen Schritt nachzuholen, ist nicht deutlich geworden. Das Argument von Kritikern dieser Regelung, den IGS sollte ein vermeintliches Privileg genommen werden, um die überall im Lande zu beobachtende steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen zu bremsen, ist jedenfalls nicht abwegig.